K1

Konsequenter Klima- und Naturschutz sichert unsere Lebensgrundlagen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Digitale LDK am 12.-13.12.2020

Gremium:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	16.10.2020
Tagesordnungspunkt:	TOP5.2 Grün wählen und Baden-Württemberg erhalten

Kapitel 1: Umwelt, Energie und Klima

Konsequenter Klima- und Naturschutz sichert unsere Lebensgrundlagen

Unsere Natur mit ihrem Artenreichtum ist ein einzigartiger Schatz. Wir lieben unsere Natur und unsere Kulturlandschaften. Wir wollen diesen Schatz für kommende Generationen bewahren. Wir wollen erhalten, was uns erhält. Die biologische Vielfalt ist unsere natürliche Lebensversicherung – und sie ist bedroht durch das Artensterben. Ebenso wie unser gesamter Planet durch die Klimakrise bedroht ist.

Die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen ist Grundlage und Rahmen unserer Politik. Als eines der ersten Bundesländer haben wir als grün-geführte Regierung 2013 ein Klimaschutzgesetz verankert. Es legt konkret fest, wie viel CO_2 wir einsparen müssen. Unser Ziel: bis Ende 2020 den CO_2-Ausstoß im Land um 25 Prozent senken – das haben wir (fast) erreicht. Klar ist, die Klimakrise kennt keine Grenzen. Deshalb haben wir gemeinsam mit dem US-Bundesstaat Kalifornien die Under2 Coalition auf den Weg gebracht – das mittlerweile weltweit größte Bündnis von Regionen im Kampf gegen die Erderhitzung.

Wir treiben den Ausbau der sauberen und klimafreundlichen Erneuerbaren Energien voran: Bevor wir Grüne an der Regierung waren, machte die Stromerzeugung aus Sonne, Wind und Wasser im Land gerade mal 16 Prozent aus. Nach acht Jahren grün-geführter Landesregierung hat sich dieser Anteil im Jahr 2019 auf knapp 30 Prozent fast verdoppelt.

Naturschutz und der Erhalt der biologischen Vielfalt sind unsere Lebensversicherung – und die unserer Kinder und Enkelkinder. Wir geben dem Naturschutz den Wert, der ihm gebührt. Wir haben in der Regierung dafür gesorgt, dass die Mittel dafür von 30 Millionen Euro im Jahr 2011 bis heute mehr als verdreifacht wurden: Mittlerweile investieren wir über 100 Millionen Euro pro Jahr in den Schutz unserer Flüsse, Seen und Wälder. Wir haben ein Sonderprogramm zum Schutz der biologischen Vielfalt aufgelegt, das bundesweit einmalig ist. Das Volksbegehren „Rettet die Bienen“ haben wir als grün-geführte Landesregierung gemeinsam mit Naturschutz und Landwirtschaft weiterentwickelt und gesetzlich verankert. Darin haben wir konkrete Ziele und Maßnahmen festgeschrieben, um die Biodiversität weiter zu stärken. Zu dem bestehenden Biosphärengebiet auf der Schwäbischen Alb haben wir 2016 ein zweites im Südschwarzwald geschaffen. Und wir haben 2014 den Nationalpark Schwarzwald gegründet – den ersten in Baden-Württemberg. Hier darf sich die Natur in den Kernzonen ungestört entwickeln – ohne menschliche Eingriffe.

Natur- und Klimaschutz heißt auch, verantwortungsvoll mit den natürlichen Ressourcen umzugehen. Deshalb fördern wir als grün-geführte Landesregierung den effizienten Einsatz von Rohstoffen und Materialien. Wir haben die Fachagentur Umwelttechnik Baden-Württemberg gestärkt und gemeinsam mit der Industrie die Initiative „100 Betriebe für Ressourceneffizienz“ gestartet. Mit dem Think Tank „Industrielle Ressourcenstrategien“ haben wir eine bundesweit einmalige Denkfabrik aufgebaut, die Ideen für ressourcenschonende Produktionstechniken voranbringt.

Mit weitsichtiger ökologischer Politik gegen Klimakrise und Artensterben

Wir haben in den vergangenen zehn Jahren viel für Umwelt, Klima und Natur getan, aber die Herausforderungen bleiben groß. Die Klimakrise verschärft sich – auch bei uns in Baden-Württemberg: Es gibt immer mehr heiße und trockene Tage, Wassermangel, Dürresommer. Extreme Wetterereignisse wie Starkregen oder Hagel nehmen zu. Unser Wald leidet. Unsere Landwirtschaft leidet. Viele Tiere und Pflanzen leiden. Und viele Menschen leiden. Die Klimakrise bedroht unsere Lebensqualität und unsere Lebensgrundlagen existenziell. Wenn wir nicht handeln, setzen wir die Zukunft unserer Kinder aufs Spiel. Uns Menschen bleibt nicht mehr viel Zeit, die Klimakrise auf ein beherrschbares Maß einzudämmen. Die Wissenschaft lässt keinen Zweifel daran, was zu tun ist. Alle Fakten liegen auf dem Tisch. Wir haben kein Erkenntnis-, sondern ein Umsetzungsproblem. Die Klimakrise zu leugnen, ändert nichts an den bedrohlichen Fakten.

Die Natur schreibt auf der ganzen Welt weiter rote Zahlen. Auch im Land sind 40 Prozent der Arten gefährdet. Das Insektensterben hält an. Von den geschätzten acht Millionen Tier- und Pflanzenarten weltweit könnten in den nächsten Jahrzehnten eine Million verschwinden. Was ausstirbt, ist unwiederbringlich verloren. Und reißt ein Loch in das Sicherheitsnetz, das uns alle umspannt.

Werden wir diese Krise bewältigen oder unsere eigene Zukunft aufs Spiel setzen? Das kommende Jahrzehnt wird entscheidend sein. Mit konsequent ökologischer Politik und starken Grünen im Land können wir Teil der Lösung sein und die Herausforderungen meistern.

Wir denken Klimaschutz und wirtschaftlichen Erfolg zusammen

Als führendem Industrieland kommt Baden-Württemberg bei der Bewältigung dieser Krisen eine Schlüsselrolle zu. Wir müssen mutig vorangehen und vorleben: Erfolg in der Wirtschaft und der Schutz des Klimas gehen zusammen. Wir können gut leben, ohne dabei unsere Erde zu zerstören. Hier in Baden-Württemberg wollen wir unter Beweis stellen, dass klimaverträglicher Wohlstand gelingt. Wir wollen eine Inspiration für viele sein, die für Klimaschutz kämpfen. Ein solches wirtschaftliches Umschalten ist auch ökonomisch sinnvoll. Nur wer klimafreundliche Autos und schlaue Mobilitätsdienstleistungen, ressourceneffiziente Maschinen und energiesparende Produkte anbietet, kann auf den Märkten von morgen bestehen. Deshalb soll Baden-Württemberg so schnell wie möglich klimaneutral werden. Wir wollen unseren Beitrag dafür leisten, die globale Erhitzung unterhalb des kritischen Werts von 1,5 Grad zu halten.

Wir wollen Wohlstand vom Ressourcenverbrauch entkoppeln. Unser Ziel ist eine echte Kreislaufwirtschaft: Rohstoffe wiederverwenden, statt die Erde auszubeuten – in immer größerem Umfang und mit immer größerem Aufwand. Unser Leitbild ist die Ultraeffizienzfabrik: hoch innovativ, emissionsarm und ressourcenschonend.

Wir wollen erhalten, was uns erhält. Unsere Enkelkinder sollen die gleiche Schönheit der Natur und die gleiche Vielfalt von Bienen, Schmetterlingen, Blumen oder Pilzen erleben können wie wir heute. Unsere einmaligen Natur- und Kulturlandschaften sind auch unsere Heimat, unsere Rückzugs- und Erholungsorte.

Schon bei der Weiterentwicklung des Volksbegehrens „Rettet die Bienen“ hat sich gezeigt: Naturschutz und Landwirtschaft können erfolgreich an einem Strang ziehen. Das wollen wir weiterführen und einen neuen Gesellschaftsvertrag zwischen Naturschutz und Landwirtschaft verankern. Dabei wollen wir auch die Ernährungsindustrie und die Verbraucher*innen einbeziehen. Alle müssen ihren Beitrag dazu leisten, damit die Leistungen der bäuerlichen Betriebe angemessen bezahlt werden. Denn um unsere Kulturlandschaften zu erhalten, brauchen wir die Landwirtschaft. Und diese wiederum ist auf eine intakte Natur angewiesen. Wir wollen das gegenseitige Verständnis fördern und die Gemeinsamkeiten vertiefen.

Wir machen Tempo: Unser Klimaschutz-Sofortprogramm

Die Europäische Union legt beim Klimaschutz vor. Wir machen mit. Wir wollen ein Sofortprogramm für Klimaschutz und Energiewende auf den Weg bringen. Wir unterstützen die Klimapolitik Europas und werden die Klimaziele Baden-Württembergs im Integrierten Energie- und Klimaschutzkonzept (IEKK) an die Pariser Klimaziele und die Klimaziele der EU anpassen. Wir zeigen, wie konsequenter Klimaschutz in einem Industrieland geht.

Mehr klimafreundliche Erneuerbare Energien*:*

Wir werden die Pflicht für Photovoltaik-Anlagen auf neue Wohngebäude ausdehnen. Bislang gilt sie für Nicht-Wohngebäude.

Wir werden wir diese Pflicht auf Bestandsgebäude ausweiten, wenn eine grundlegende Dachsanierung ansteht.

Wir werden die Windkraft auf allen geeigneten Flächen im Staatswald ausbauen, ebenso in der Fläche. So könnten über 2.000 neue Anlagen entstehen. Wir werden alle Freiflächen, landwirtschaftlichen Flächen und geeignete Baggerseen prüfen, ob wir dort die Solarenergie ausbauen können. Allein Freiflächen-Photovoltaik hat ein Ausbaupotenzial von etwa 400.000 Hektar, das wir erschließen wollen.

Wir werden die Flächenziele für Erneuerbare Energien regionalisieren und festschreiben und somit substanziell mehr Flächen für die Nutzung durch Sonnenenergie und Windkraft bereitstellen.

Wir wollen Flächen an Landes- und Bundesstraßen sowie Autobahnen für Photovoltaik- Freiflächenanlagen nutzen, auch an Lärmschutzwänden. Dafür werden wir uns im Bund für eine Änderung der bislang restriktiven Abstandsregeln einsetzen.

Wir werden es gezielt fördern, die Abwärme von Rechenzentren zu nutzen, um auch die Digitalisierung klimafreundlich zu gestalten.

***Runter mit den CO_2-Emissionen**:*

Wir wollen einen Kohleausstieg bis 2030 und werden uns dafür beim Bund einsetzen – die Gewährleistung hoher Versorgungssicherheit vorausgesetzt.

Wir führen einen CO_2-Schattenpreises von 180 Euro für die öffentlichen Haushalte ein.

Alle Förderprogramme des Landes werden einem Klimacheck unterzogen, um klimaschädliche Förderungen zu vermeiden.

Wir wollen die kommunalen Wärmepläne schnell umsetzen und so die Kohlenstoff-Emissionen der Wärmenetze reduzieren.

Wir richten ein unabhängiges wissenschaftliches Gremium ein: die Klimaweisen ähnlich den Wirtschaftsweisen. Dieses Gremium erstellt jährlich einen Klimabericht und überprüft die Maßnahmen der Landesregierung auf ihre Klimaverträglichkeit und im Hinblick auf das 1,5-Grad Ziel.

Wenn neue Wohngebiete in Baden-Württemberg gebaut werden, dann sollen sie klimaneutral sein. Dazu werden wir ein Förderprogramm klimaneutrale Wohngebiete für Kommunen auflegen.

Wir stärken eine klimafreundliche Kreislaufwirtschaft, indem wir Recycling-Beton fördern und eine Recyclingbeton-Quote für Neubauten des Landes einführen.

Wir werden eine Klimaschutzverwaltung auf allen drei Verwaltungsebenen aufbauen: auf Landesebene, in den Regierungspräsidien und in den Landkreisen. Damit implementieren wir die Belange des Klimaschutzes im Verwaltungshandeln.

Wir werden den Fuhrpark des Landes auf emissionsfreie Antriebe umstellen.

Wir setzen die Klimawende in der Finanzpolitik um. Bis zum Jahr 2022 werden wir die Finanzanlagestrategie des Landes auf das 1,5 Grad-Ziel und auf die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen ausrichten und dies gesetzlich verankern. Das bedeutet: Wir ziehen Gelder des Landes aus Anlagen ab, die diesen Kriterien nicht entsprechen.

***Klimafreundliche Verkehrswende**:*

Wir geben eine Garantie für den Öffentlichen Nahverkehr: Mit uns wird werden alle Orte in Baden-Württemberg von fünf Uhr früh bis Mitternacht mit dem öffentlichen Nahverkehr erreichbar sein. Wir setzen dabei auf mehr Fahrten und den Ausbau von ÖPNV on demand.

Wir sorgen dafür, dass Kommunen einen Mobilitätspass als (Nahverkehrs-)Abgabe einführen, den ÖPNV ausbauen und zu günstigen Preisen anbieten können.

Auf das Fahrrad kommt es an. Deshalb schließen wir die bestehenden Lücken zwischen den Radwegen, Radschnellwegen und den Fahrradstraßen im Land und schaffen ein attraktives Netz für alternative Mobilität.

Die Mobilitätswende elektrisiert: Der Umstieg auf klimafreundlichen Automobilverkehr gelingt mit der richtigen Infrastruktur. Dazu werden wir in Baden-Württemberg unsere Anstrengungen verdoppeln. Jede und jeder soll im Umkreis von fünf Kilometern mindestens eine Schnellladesäule finden. Auch Wasserstofftankstellen für den Lkw-Verkehr werden wir verdoppeln.

Für ein klimaneutrales Baden-Württemberg

Baden-Württemberg soll schnellstmöglich klimaneutral sein. Das heißt: Unsere Treibhausgas-Emissionen werden auf netto null reduziert. Dafür wollen wir unser Klimaschutzgesetz weiter anpassen und einen CO_2-Schattenpreis von 180 Euro pro Tonne Kohlendioxid für die Landesverwaltung und die öffentliche Beschaffung einführen. Dieser Schattenpreis spiegelt auch die Umweltkosten wider. Damit müssen Ministerien und Landesbehörden künftig bei allem, was sie tun, die zusätzlichen Kosten für Klimagase berücksichtigen. Die landeseigenen Betriebe und Unternehmen, an denen das Land beteiligt ist, sollen mit gutem Beispiel vorangehen und bis zum Jahr 2035 weitgehend klimaneutral arbeiten.

Wir wollen einen Klimavorbehalt für alle Förderprogramme des Landes einführen und künftig alle Vorhaben und Gesetze auf Landesebene auf ihre Klimaverträglichkeit prüfen. Die öffentliche Hand muss beim Klimaschutz Vorbild sein. Dazu soll die Landesverwaltung bis 2030 weitgehend klimaneutral arbeiten. Dabei gilt: Je schneller wir die Treibhausgas-Emissionen senken können, desto besser. Wir wollen so viel klimaschädliche Treibhausgase wie möglich einsparen. Was wir darüber hinaus in Baden-Württemberg an CO_2 binden können, zum Beispiel durch Moore oder die Entsiegelung von Flächen, wollen wir so gut es geht vor Ort umsetzen. Dafür wollen wir wieder Mittel im Haushalt bereitstellen.

Für öffentliche Gebäude wollen wir den von der EU geforderten Niedrigstenergiestandard für Neubauten auf dem Niveau des Effizienzhauses 40 festlegen. Dies entspricht in etwa dem Passivhausstandard. Bei umfassender Sanierung im Bestand soll das Effizienzhaus 55 der Zielstandard sein. Die Effizienzstandards sollen auch bei allen Förderprogrammen von Wohn- und Nichtwohngebäuden gelten.

Auch auf die Städte und Gemeinden kommt es an: ob beim Umstieg auf saubere und sichere Energie, dem ressourcenschonendem Bauen, bei der energetischen Gebäudesanierung, der nachhaltigen Stadtentwicklung oder der klimafreundlichen Mobilität. Dabei wollen wir die Kommunen noch stärker unterstützen, etwa, indem wir die bestehenden vielfältigen Förderprogramme und den Klimaschutzpakt aufstocken.

Auch in Verwaltungsverfahren muss der Klimaschutz gestärkt werden. Alle Planungen und Baumaßnahmen, die zur Entscheidung anstehen, sind auf ihre Klimaverträglichkeit hin zu prüfen. Erst dann soll die politische Entscheidung zur Umsetzung erfolgen. Außerdem braucht es wirksame Sanktionen, wenn Klimaziele nicht eingehalten werden.

Digitalisierung klimafreundlich gestalten: Wir brauchen zügig CO_2-neutrale Rechenzentren, die Abwärme nutzen und mit Strom aus Sonne, Wind und Wasser

betrieben werden. Auch die großen Digitalisierungsprogramme des Landes müssen in allen Bereichen klimaneutral werden – von der elektronischen Akte über Tablets in der Schule bis zur Landesstrategie Künstliche Intelligenz. Gleiches gilt für die Vorhaben der Städte und Gemeinden, die das Land bei der Digitalisierung unterstützt.

Raus aus den fossilen Energieträgern

Das Zeitalter der fossilen Energieträger geht zu Ende. Wir setzen auf die Vielfalt der grünen Energien, auf Energieeinsparung und effizienteren Verbrauch. Wir setzen auf intelligente Lösungen, um Energie aus natürlichen Quellen zu speichern. Wasserstoff kann dabei eine wichtige Rolle spielen. Für uns Grüne ist jedoch klar: Wasserstoff ist nur dann nachhaltig, wenn er aus erneuerbaren Quellen kommt. Nur grüner Wasserstoff ist förderfähig und sinnvoll. Dieser grüne Wasserstoff kann in den Sektoren Energie, Industrie und Schwerlastverkehr direkt eingesetzt werden und für eine erfolgreiche Abkehr vom Kohlenstoff sorgen. Deshalb werden wir die Wasserstoffstrategie des Landes vorantreiben. Allerdings verbraucht die Herstellung von grünem Wasserstoff viel Energie. Dafür brauchen wir zusätzliche Kapazitäten an grünem Strom. Denn diese zusätzliche Nachfrage darf nicht unserem Ziel zuwiderlaufen, den Strombedarf der Sektoren Energie, Verkehr und Wärme klimaneutral auf Basis Erneuerbarer Energien zu decken.

Wettbewerbsfähig und erfolgreich zu produzieren geht ohne CO_2-Ausstoß. Das wollen wir in Baden-Württemberg beweisen. Dafür müssen wir die Transformation so gestalten, dass besonders energieintensive Branchen verlässliche Zielvorgaben erhalten, damit sie die notwendigen Investitionen tätigen können. Den Ausstieg aus den fossilen Energieträgern wollen wir durch die Erneuerbaren kompensieren. Industrielle Abwärme wollen wir innerhalb sowie außerhalb der Betriebe nutzen. So kann sie z.B. in die Nah- und Fernwärmenetzen eingespeist werden.

Wir streben eine ökologisch sinnvolle Kreislaufwirtschaft an, die Ressourcen effizient einsetzt und schützt. Besonders in der Bauwirtschaft setzen wir auf mehr Holz als Baumaterial. Wir wollen den Einsatz von Recyclingmaterial in Produkten stärken und den Einsatz von Recycling-Beton voranbringen. Das erreichen wir z.B., indem wir die Verwendung von Holz und Recycling-Beton als Baumaterial bei öffentlichen Bauten verbindlich festschreiben. Wir wollen die Infrastrukturen regionaler Wirtschaftskreisläufe stärken. Unnötige Transporte sparen wir, indem wir dezentral gewonnenen heimischen Rohstoffen Vorrang einräumen und gebrauchte mineralische Rohstoffe rückgewinnen. Wiederverwertung und Effizienzsteigerungen sollen den Bedarf an Rohstoffen im Land deutlich reduzieren. Wo deren Einfuhr nicht zu vermeiden ist, wollen wir die Lieferketten zertifizieren, um soziale und ökologische Standards sicherzustellen.

Effizienz bei Ressourcen und Material – das werden wir zum Markenzeichen unseres Industriestandortes machen. Das Zentrum für Ultraeffizienzfabriken verstehen wir als Plattform für Forschungs- und Demonstrationszwecke. Hier entstehen Ideen, wie die
energie- und ressourceneffiziente Produktion der Zukunft aussehen kann. Mit den Landesagenturen, dem breiten Beratungsnetzwerk für den Mittelstand und den

Forschungseinrichtungen wollen wir den wirksamen und wirtschaftlichen Einsatz von Energie und Material in den Unternehmen konsequent unterstützen.

Energieeffizienz ist ein zentrales Element einer nachhaltigen Wirtschaft. Die dafür bereits aufgebauten Kompetenzzentren für Energieeffizienz (KEFF) machen wir zu Kompetenzzentren für Material- und Ressourceneffizienz. Mit der Wirtschaft wollen wir ein Bündnis für eine klimaneutrale Produktion schließen.

Vielfalt der grünen Energien nutzen

Die Erneuerbaren Energien sind ein Schlüssel zum Schutz unseres Klimas. Statt von klimaschädlichen fossilen Energien abhängig zu sein, produzieren wir klimafreundliche Wärme und Strom im eigenen Land. Wir werden konkrete regionale Ziele festschreiben, um Sonnen- und Windenergie naturverträglich auszubauen. Genauso wollen wir verstärkt landeseigene Flächen im Wald für die Windkraft nutzen. Wir wollen die Anliegerkommunen von Windkraft- und Freiflächen-Photovoltaik-Projekten finanziell beteiligen und so eine regionale Wertschöpfung vor Ort ermöglichen.

Wir Grüne haben in der Landesregierung den Einstieg in die Photovoltaik-Pflicht durchgesetzt. Denn die Photovoltaik rechnet sich – für den Geldbeutel und fürs Klima! Bislang gilt die Pflicht für neu gebaute Gebäude, in denen keine Wohnnutzung vorgesehen ist. Also etwa für Fabrik- und Logistikhallen, Verwaltungsgebäude oder Supermärkte sowie große Parkplatzanlagen. Im nächsten Schritt wollen wir diese Pflicht auf neue Wohnhäuser sowie Bestandsgebäude ausweiten, wenn eine grundlegende Dachsanierung ansteht. Auch alle weiteren Möglichkeiten wollen wir ausschöpfen, um die Kraft der Sonne in unsere Stromnetze zu bringen: Wir wollen auch Photovoltaik-Anlagen auf landwirtschaftlichen Flächen, sogenannte Agro-Photovoltaik, ausbauen – genauso wie Freiflächenanlagen entlang von Straßen und schwimmende Solarparks. Dafür wollen wir auch auf Bundesebene die Rahmenbedingungen verbessern.

Nach dem Atomausstieg bzw. im Vorgriff auf den Kohleausstieg muss die Versorgung in Baden-Württemberg gewährleistet sein. Wir setzen uns im Bund für einen Kohleausstieg bis 2030 ein, die Gewährleistung hoher Versorgungssicherheit vorausgesetzt. Dazu wollen wir den Ausbau von intelligenten Netzen vorantreiben, die Verbrauch und Erzeugung von Strom aufeinander abstimmen. Und wir vollenden den Atomausstieg, wenn Neckarwestheim 2 im Jahr 2022 vom Netz geht. Den Rückbau der fünf Atomkraftwerke im Land wollen wir in den nächsten Jahren auf der Grundlage höchster Sicherheitsstandards weiter zügig vorantreiben. Dabei wollen wir die Öffentlichkeit umfassend beteiligen.

Wir bringen die Wärmewende weiter voran

Auch wenn wir die Heizung aufdrehen, können wir das Klima schützen – nämlich dann, wenn die Wärme aus sauberen Quellen stammt. Deshalb wollen wir auch bei der Wärmeversorgung raus aus Öl und Gas und rein in Wärme aus grüner Energie. Unser Ziel auch hier heißt: Klimaneutralität. Der erste Schritt ist bereits getan: Wir haben dafür gesorgt, dass große Kreisstädte und Stadtkreise künftig eine kommunale Wärmeplanung vornehmen. Das bedeutet: Sie entwickeln eine Strategie, wie sie klimaneutral mit Wärme versorgt werden können. Auch kleinere

Kommunen werden wir dabei unterstützen, ihre Wärme von Öl, Kohle und Gas auf klimafreundliche Technologien umzustellen.

Auch bei der Haussanierung sollen die Potenziale noch besser genutzt werden. Wer eine neue Heizung einbaut, soll künftig 25 Prozent der Wärme aus erneuerbaren Quellen beziehen – und nicht 15 Prozent wie bisher.

Naturschutz zahlt sich aus – für alle

Investitionen in den Naturschutz zahlen sich aus – für den Erhalt der Artenvielfalt und unserer Kulturlandschaften. Deshalb wollen wir die finanziellen Mittel weiter erhöhen – auf 150 Millionen Euro pro Jahr bis 2026. Das erfolgreiche Sonderprogramm zur Stärkung der biologischen Vielfalt wollen wir weiterführen. Unsere ambitionierte Naturschutzstrategie wollen wir weiter umsetzen und fortschreiben.

Wir wollen der Natur mehr Raum geben. Auch dafür ist der Nationalpark Schwarzwald da. Ihn wollen wir stärken sowie ein weiteres Biosphärengebiet entwickeln. Die bestehenden Biosphärengebiete im Schwarzwald und auf der Schwäbischen Alb wollen wir weiter aufwerten, ebenso die naturschutzfachliche Arbeit der Naturparks. Indem wir den Biotopverbund konsequent verwirklichen sowie für die Erstellung von Regional- und Flächennutzungsplänen verbindlich vorschreiben, schaffen wir so auch ein engmaschiges Netz, um Lebensräume von Tier- und Pflanzenarten miteinander zu verbinden. Mit einem neuen Programm wollen wir wertvolle Naturschutzflächen dauerhaft sichern: Bis 2026 sollen in den vier Regierungsbezirken im Land mindestens 20 neue Naturschutzgebiete entstehen.
Unsere naturschutzfachlich wertvollen Kulturlandschaften wie artenreiche Blumenwiesen und Streuobstwiesen wollen wir konsequent schützen, zugleich aber die Bewirtschaftung attraktiver gestalten. Etwa, indem wir die Nutzung und die Vermarktung der Produkte fördern.
Auch hierzu soll die Flurneuordnung zu einem Instrument des modernen Naturschutzes weiterentwickelt werden. Wildnis- und Naturbildung sowie die Vermittlung von Artenkenntnissen wollen wir in Schulen, Hochschulen sowie in außerschulischen Einrichtungen weiter stärken.

Wir wollen Flüsse und Bäche weiter revitalisieren. Bei der Abwasserbehandlung sind wir schon heute europaweit spitze. Damit das auch so bleibt, wollen wir den Großteil der 900 Kläranlagen mit der sogenannten „vierten Reinigungsstufe“ aufrüsten. Damit ist es möglich, den Giftcocktail aus Arzneimittelresten oder Haushalts-Chemikalien aus unseren Fließgewässern fernzuhalten. Das stärkt die Artenvielfalt in sauberen Flüssen und Bächen.

Darum Grün!

Wer Grün wählt, stimmt für

- ein Baden-Württemberg, das schnellstmöglich klimaneutral ist
- die Stärkung von biologischer Vielfalt und Naturschutz
- ein Sofortprogramm für Klimaschutz und Energiewende
- den konsequenten Ausbau grüner Energie aus Sonne, Wasser und Wind
- einen neuen Gesellschaftsvertrag zwischen Landwirtschaft, Naturschutz, Ernährungsindustrie und Verbraucher*innen